

Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen fordert die sofortige Freilassung von Leonard Peltier

GENEVE, 7. Juli 2022 - Die Arbeitsgruppe des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierungen hat ihre Stellungnahme veröffentlicht, in der sie die sofortige Freilassung von Leonard Peltier fordert, einem Aktivisten für indigene Rechte, der seit 47 Jahren von der US-Regierung zu Unrecht inhaftiert ist. In ihrer Stellungnahme stellt die Arbeitsgruppe fest, dass die Inhaftierung von Leonard Peltier willkürlich ist und gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstößt.

Herr Peltier, ein Mandant von Sanford-Heisler-Sharp, wurde ursprünglich wegen des Mordes an zwei US-Bundespolizisten verurteilt, die 1975 bei einer Konfrontation im Pine Ridge Indianerreservat getötet wurden. Herr Peltier wurde zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Als die Verurteilung von Herrn Peltier in der Berufung nicht standhielt, ging die Staatsanwaltschaft zu einer Theorie der "Beihilfe" über, obwohl seine Mitangeklagten wegen Selbstverteidigung freigesprochen wurden. Seine Verurteilung wurde lediglich aufgrund von Beweisen aufrechterhalten, die belegen, dass er am Tag der Schießerei in dem Reservat anwesend war.

Seit seiner Verurteilung sind weitere Informationen ans Licht gekommen, aus denen hervorgeht, wie die verfassungsmäßigen Rechte von Herrn Peltier während seines Prozesses verletzt wurden, was seine Verurteilung weiter in Frage stellt. Beweise für grobes Fehlverhalten der Staatsanwaltschaft und des FBI in Form von erzwungenen Zeugenaussagen, die inzwischen widerrufen wurden, gefälschte eidesstattliche Erklärungen und das Verschweigen von entlastenden ballistischen Beweisen wurden aufgedeckt. Darüber hinaus durfte eine Geschworene trotz ihrer zugegebenen Vorurteile gegen amerikanische Ureinwohner in der Jury bleiben. Um die Verurteilung eines politischen Führers des American Indian Movement (AIM) zu erreichen, beging die Regierung unzählige verfassungsrechtliche Verstöße, die einen Freispruch oder zumindest einen fairen Prozess verhinderten. Darüber hinaus wurde das Recht von Herrn Peltier auf ein ordnungsgemäßes Verfahren nach seiner Verurteilung beeinträchtigt durch mehrere abnormale und diskriminierende Bewährungsanhörungen. Mr. Peltier wurde nie ein voraussichtliches Entlassungsdatum mitgeteilt, eine Information, die ihm gesetzlich garantiert ist, und verbüßt daher eine unbefristete Haftstrafe.

Darüber hinaus hat sich die Bewährungskommission im Laufe von zwei vollständigen Bewährungsanhörungen und vier Zwischenanhörungen auf Informationen über seine Verurteilung gestützt, deren Wahrheitsgehalt widerlegt wurde, und hat Berichte über sein gutes Verhalten im Gefängnis außer Acht gelassen sowie andere Beweise, die zeigen, dass Herr Peltier keine Gefahr für die Gesellschaft darstellt.

Darüber hinaus hat Herr Peltier fünf US-Präsidenten um Begnadigung gebeten, aber das FBI hat stets immer wieder die Gewährung einer Umwandlung blockiert. In einem bemerkenswerten Fall protestierten 500 FBI-Agenten gegen seine mögliche Freilassung, nachdem sie erfahren hatten, dass Präsident Clinton eine Begnadigung in Betracht zog.

Der Fall Peltier wurde 2005 erstmals der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen vorgelegt. Die Arbeitsgruppe stellte in ihrer ersten Stellungnahme fest, dass seine Inhaftierung zu diesem Zeitpunkt nicht willkürlich war. Allerdings hat die Arbeitsgruppe jedoch vor kurzem beschlossen, dass der Fall von Herrn Peltier ein zweites Mal überprüft werden kann, da in den letzten 17 Jahren neue Informationen aufgetaucht sind, die ein "Muster von verfahrensrechtlicher und materieller Ungerechtigkeit" seitens der Bewährungskommission und des Federal Bureau of Prisons belegen.

Im Jahr 2021 hat die International Human Rights Clinic der Yale Law School unter der Leitung von Professor James Silk und mit Unterstützung von Mr. Peltiers Anwaltsteam bei Sanford-Heisler-Sharp neue Unterlagen eingebracht, die Peltiers Fall aufzeigen und auch die vielen Wege, auf denen die Bewährungskommission das Recht von Herrn Peltier auf ein ordentliches Verfahren nach der Verurteilung untergraben hat. In diesen Unterlagen wurde das Fehlverhalten von Mitgliedern der Bewährungskommission, die politische Einmischung des FBI und die Bedrohung des Lebens von Herrn Peltier durch die verlängerte Inhaftierung dargestellt. Die Regierung antwortete auf die Behauptungen von Herrn Peltier mit der Behauptung, er sei zu Recht verurteilt worden, bestritt jegliches Fehlverhalten der Bewährungskommission und betonte, dass er im Gefängnis eine angemessene medizinische Versorgung erhält.

Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen kam die Arbeitsgruppe zu dem Schluss, dass "unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles, einschließlich des Risikos für die Gesundheit von Herrn Peltier, die angemessene Abhilfe darin bestehen würde Herrn Peltier unverzüglich freizulassen und ihm ein einklagbares Recht auf Entschädigung und andere Recht auf Entschädigung und andere Reparationen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu gewähren." Die Arbeitsgruppe fordert die US-Regierung außerdem dringend auf die Umstände zu untersuchen, die zur willkürlichen Inhaftierung von Herrn Peltier geführt haben und diese Untersuchung fortsetzen, und die Verantwortlichen für diese Perversion der Justiz und eines ordentlichen Verfahrens zu bestrafen.

Professor Silk bemerkte: "Die Stellungnahme zeigt, wie unsere Menschenrechtsverpflichtungen mit der Rechtsstaatlichkeit und den menschlichen Werten, die Präsident Biden formuliert hat, im Einklang stehen und Herrn Peltier ohne weitere Verzögerung unverzüglich freigelassen wird".

Die Arbeitsgruppe verweist auf den Gesundheitszustand und das Alter von Herrn Peltier, seine erhebliche und häufige Unterbringung in Einzelhaft, sowie den Unterschied zwischen seinen Erfahrungen und denen von nicht-amerikanischen Ureinwohnern die wegen ähnlicher Vergehen verurteilt wurden, als Beweis für die Ungerechtigkeit seiner fortgesetzten Inhaftierung. In der Stellungnahme heißt es ausdrücklich, dass aufgrund seines sich verschlechternden Gesundheitszustands und seines fortgeschrittenen Alters zukünftige Bewährungsanhörungen keine realistische Chance für Herrn Peltier darstellen, um Bewährung zu ersuchen und in den Genuss eines ordentlichen Verfahrens zu kommen. Unter Berufung auf diskriminierende Äußerungen seiner Bewährungshelfer heißt es in der Stellungnahme außerdem, dass "Mr. Peltier weiterhin inhaftiert ist, weil er amerikanischer Ureinwohner ist".

Der ehemalige Bundesrichter Kevin Sharp, Anwalt von Leonard Peltier, bemerkte: "Wir sind erfreut, dass die Arbeitsgruppe bereit war, Leonards Fall nach den letzten 17 Jahren ungerechter Bewährungsverfahren und Bewährungsverfahren und willkürlicher Inhaftierung zu überprüfen." Sharp fügte hinzu: "Die Arbeitsgruppe hat ihre Worte nicht analysiert. Sie haben einen sofortigen Aufruf zum Handeln ausgesprochen, und die US-Regierung muss Leonards Gnadengesuch ernst nehmen und ihn wieder in die Obhut seines Stammes entlassen."

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sechs Monate Zeit, der Arbeitsgruppe Informationen vorzulegen über die Maßnahmen zu informieren, die sie ergriffen hat, um die in der Stellungnahme festgestellten Ungerechtigkeiten zu beheben. Professor Silk fügte hinzu: "Wir sind optimistisch, dass die sorgfältige, gründliche und ausgewogene Stellungnahme der Arbeitsgruppe der Biden-Administration helfen wird, die schreckliche Ungerechtigkeit zu beenden, die Mr. Peltier erlitten hat".